

K 2 Klimaschutz ernst gemeint – Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit endlich schließen

Antragsteller*in: Ingrid Nestle (KV Steinburg), LAG Energie
Tagesordnungspunkt: Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Klimaschutz ernst gemeint – Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit endlich
2 schließen

3 Am 20. September diesen Jahres fanden weltweit die größten Klimademos aller
4 Zeiten statt. Es war ein beeindruckendes und über die Maßen dringliches Zeichen,
5 im Angesicht der Klimakrise wissenschaftliche Fakten endlich ernst zu nehmen und
6 statt der Beschränkung auf warme Worte endlich angemessen zu handeln.

7 Es ist leider eindeutig: das von der Bundesregierung am 20. September vorgelegte
8 Maßnahmenpaket leistet bei weitem nicht den erforderlichen Beitrag Deutschlands
9 zur Erreichung der Klimaziele von Paris. Dieser Befund wird selbst von Beratern
10 der Bundesregierung geteilt

11 Viel zu spät beginnt das Paket zu greifen. Der Einstiegspreis für CO₂ von 10
12 Euro/t ist eher ein schlechter Witz als ein Steuerungselement. Der Einbau von
13 fossilen Heizungen wird munter gefördert und weitere Ölheizungen neu eingebaut,
14 bis 2026 ein auch schon wieder eingeschränktes Verbot greift. In den nächsten
15 Jahren greifen lediglich ein paar Subventionen und neues Unheil für den
16 Klimaschutz: mit der Festlegung des Mindestabstands von Windrädern zu Dörfern
17 und ganz neu auch dorfähnlichen Strukturen, macht die Bundesregierung die
18 Erreichung ihrer eigenen Erneuerbaren-Ziele unmöglich. Und sie weiß das, hat das
19 Umweltbundesamt doch erst kürzlich genau darauf hingewiesen.

20 Dieser Mangel an erneuerbarem Strom unterminiert letztlich auch den Rest des
21 Paketes, bei dem wirksame Maßnahmen zwar spät kommen, aber immerhin ein paar
22 Tappenschritte mehr als früher aufgeschrieben sind. Ohne erneuerbaren Strom
23 ergibt der Umstieg auf Elektromobilität keinen Sinn. Ohne erneuerbaren Strom
24 wird die Umstellung der Heizungssysteme wieder bei fossilen Lösungen landen –
25 genug Biomasse für Heizen in ganz Deutschland haben wir jedenfalls nicht. Und
26 das energiesparende Dämmen von Häusern wird auch wieder vernachlässigt.

27 Aber nicht nur klimapolitisch, auch sozialpolitisch ist das Paket eine
28 Unverschämtheit. Weil die Regierung sich nicht traut, klimaschädliche Strukturen
29 kleiner zu machen, fallen in ihrem Paket alle Kosten für neue Infrastruktur
30 extra an. Sie fördert Straße und Schiene, nicht Schiene statt Straße. Sie
31 fördert ÖPNV und gleichzeitig in sehr viel größerem Maße zum Beispiel über das
32 Diesel-Privileg die alten Verbrenner-Autos. Da ist es kein Wunder, dass kaum
33 Geld bleibt für den sozialen Ausgleich. Gerade einmal um einen halben Cent will
34 die Bundesregierung als Ausgleich für den CO₂-Preis die EEG-Umlage senken. Und
35 auch das erst in ein paar Jahren. Wir Grüne haben bei unserem Konzept des CO₂-
36 Preises hingegen immer darauf geachtet, dass die Einnahmen vollständig an die
37 Bürger zurückgegeben werden. Und zwar so, dass im Schnitt die Bürger mit weniger
38 Geld in der Tasche profitieren. Unser CO₂-Preis ist in erster Linie natürlich
39 ein Klimaschutzinstrument, aber zugleich eine leichte Umverteilung von oben nach
40 unten. Denn es ist weder notwendig noch wünschenswert, dass Klimaschutz das

41 Leben der Ärmeren erschwert. Die Bundesregierung agiert hingegen sozial
42 ungerecht: Mit der Erhöhung der Pendlerpauschale steigert sie nicht nur die
43 umweltschädlichen Subventionen auf ein neues Rekordniveau, sie schüttet auch
44 einen großen Batzen Geld mal wieder fast ausschließlich in die Taschen der
45 Besserverdiener. Genau die finanzschwächere Hälfte der Bevölkerung profitiert
46 nämlich kaum oder nicht von der Erhöhung, weil sie gar nicht genug Steuern
47 zahlt, um in den Genuss der Pendlerpauschale zu kommen.

48 Wir begrüßen deshalb, dass die Landesregierung die festen Abstände der Windräder
49 von 1000 Metern für Schleswig-Holstein ablehnt und das entsprechende Opt-Out
50 nutzen wird. Wir fordern sie auf, bei ihren Gesprächen mit Vertretern anderer
51 Bundesländer dafür zu werben, dass möglichst viele Länder dieser Initiative
52 folgen. Außerdem bitten wir sie, sich in Gesprächen mit der Bundesregierung
53 sowohl für eine Neujustierung der Klimaschutzmaßnahmen im Einklang mit dem
54 Vertrag aus Paris als auch für eine sozial gerechte Lösung einzusetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Alexander Fischbach (KV Kiel); Hans-Jürgen Bethe (KV Pinneberg)